

Leben und leben lassen

Autor(en): **Jürgensen, Nadine**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **96 (2016)**

Heft 1040

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-736375>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Leben und leben lassen

Endlich sagen, was man denkt! Die neue politische Unkorrektheit ist das Erfolgsrezept von Donald Trump, Marine Le Pen, Frauke Petry und Co.: Sie setzen Themen, die alle anderen angeblich ignorieren – aus Ignoranz oder aus fehlendem Mut – auf die politische Agenda.

Grundsätzlich sind Debatten über Tabuthemen zu begrüssen. Ein Übermass an politischer Korrektheit lähmt. Leider scheinen sich öffentliche Positionsbezüge dazu aber auch hierzulande bei den Kulturkonservativen anzuschmiegen. Es ist beispielsweise über die Parteigrenzen salonfähig geworden, ein Burkaverbot zu fordern, obschon aus konsequent liberaler Sicht sowohl die Vollverschleierung als auch ein Verbot derselben abzulehnen wären. Die Mehrzahl der Niqabträgerinnen in der Schweiz sind Touristinnen. Im Tessin, wo ein Verbot besteht, haben alle Frauen nach polizeilicher Aufforderung den Schleier gelüftet. Eine Information bei der Einreise, in der Schweiz wünsche man das Gesicht zu sehen, würde sicherlich den gleichen Erfolg, aber kein Verbot bringen. Unter die Räder gekommen sind in den letzten Wochen auch gleichgeschlechtliche Paare, berufstätige Mütter, Veganer oder die neuen Väter: Sie werden als es auf staatliche Hilfe absehende Opfer in einen Topf geworfen, die bitte schön keine Forderungen an die Gesellschaft zu stellen hätten.

«Das wird man doch wohl noch sagen dürfen», hiess es früher am Stammtisch. Das darf man, schliesslich gilt die Meinungsfreiheit. Aber entsteht daraus Stigmatisierungs- und Verbotspolitik, bewegen wir uns auf einem schmalen Grat von verständlicher Überforderung hin zu bösartiger (Kollektiv-)Unterstellung. Der Schutz von Minderheiten hat im Schweizer Föderalismus Tradition. Er ist eine liberale Errungenschaft, der wir Sorge tragen sollten. Selbstverständlich muss die Allgemeinheit nicht die Lebensentwürfe eines jeden einzelnen finanzieren. Aber ebenso wenig helfen Scheindebatten, Verbote und Maulkörbe auf dem Buckel von Minderheiten, ein Tabu aufzulösen. Sie rechtfertigen bloss das eigene Weltbild und lenken ab von der Furcht über die Abgründe und Wahrheiten des eigenen Daseins.

Nadine Jürgensen

ist Juristin, freie Journalistin und Moderatorin. In ihrer Kolumne «Res publica» beschäftigt sie sich jeweils mit den Debatten des letzten Monats. Sie lebt bei Zürich.

FREIE SICHT

«Inhalte überwinden»

In Deutschland gibt es eine Partei mit dem einprägsamen Namen «Die Partei». Anders als dieser suggeriert, ist «Die Partei» aber nicht einfach nur eine Partei. Denn sie fordert u.a. eine Faulenquote von 17 Prozent, die Senkung des Wahlalters auf 12, den Wiederaufbau der Mauer und die «Überwindung von Inhalten» – kurz: «Die Partei» ist eine Partei-Satire. Sie persifliert den täglichen Wahnsinn der Parteiendemokratie. Gäbe es «Die Partei» auch in der Schweiz, sie hätte aber sicher an vorderster Front für die Initiative «AHV plus» gekämpft. Warum?

Landauf, landab geht man einig, dass die Umverteilungsmaschine AHV nicht nachhaltig finanziert ist. Angesichts steigender Lebenserwartungen ist das System immer weniger in der Lage, eine finanzielle Grundversorgung im Alter zu sichern. Die «AHV plus»-Initiative machte auf dieses Problem aufmerksam, indem sie auf einen Schlag eine Erhöhung der Renten um 10 Prozent forderte. Ohne Gegenfinanzierung. Heisst: wenn schon Untergang, dann mit Vollgas! Der Polithumor geht aber noch tiefer. Denn gleichzeitig muss «AHV plus» ein Seitenhieb gegen die Neigung der Politik gewesen sein, durch offensichtlich unverantwortliche Wahlgeschenke ihre Popularität zu steigern. Mehr Lohn, mehr Urlaub, mehr Subventionen, höhere Renten – welche Partei hat noch nicht versucht, auf Kosten der Allgemeinheit Stimmen zu kaufen? Durch schiere Dreistigkeit entblösste «AHV plus» diese Unart – ganz nach dem deutschen Vorbild «Faulenquote».

Die AHV-Initiative übte ausserdem fundamentale Kritik an Fehlentwicklungen des Initiativrechts, sie hätte immerhin den folgenden Satz in der Verfassung verewigen wollen: «Bezügerinnen und Bezüger einer Altersrente haben Anspruch auf einen Zuschlag von 10 Prozent zu ihrer Rente.» Wenn je ein Satz keinen Verfassungsrang, dafür aber besondere satirische Qualitäten gehabt hat, dann diese Entblössung politischer Bestechungsversuche und Verantwortungslosigkeit.

Christian P. Hoffmann

ist Professor für Kommunikationsmanagement an der Universität Leipzig und Forschungsleiter am Liberalen Institut in Zürich.